

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU**Maritime Wirtschaft als Schlüsselbranche sichern**

Die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise hat zu dramatischen Rückgängen im internationalen Handel geführt, und insbesondere die Seehäfen als wichtigstes Tor des deutschen Im- und Exports sind besonders hart getroffen. In den bremischen Häfen hat sich der Seegüterumschlag in den ersten drei Monaten 2009 um fast ein Viertel, der Autoumschlag sogar um gut die Hälfte verringert. Diese Einbrüche wirken unmittelbar auf die Beschäftigung. In den Hafenbetrieben in Bremerhaven und Bremen wird vielfach Kurzarbeit geleistet. Die Unternehmen der Hafenwirtschaft setzen alles daran, ihre in der Boomzeit gewonnenen und qualifizierten Belegschaften zu halten, um für eine künftige konjunkturelle Belebung gerüstet zu sein.

Besonders schwierig ist die Lage des Gesamthafenbetriebsvereins (GHBV), der auf Aufträge und Finanzierung (Garantielohnkasse) durch die Hafenwirtschaft angewiesen ist. Als Arbeitnehmer/-innenpool mit qualifizierten und zu Tarifbedingungen beschäftigten Hafenfachleuten ermöglicht er den Hafenbetrieben hohe Flexibilität beim Personaleinsatz und kommt durch seine besondere Trägerschaft den speziellen Anforderungen eines Hafens nach. Der GHBV ist darauf angewiesen, dass seine Beschäftigten im Hafen und hafennahen Betrieben eingesetzt werden. Die spezielle Funktion und Arbeitsweise bewirkt, dass der GHBV Probleme eher und deutlicher spürt als die übrigen Hafenbetriebe. Die Konsequenz ist dramatisch: Trotz Kurzarbeit standen Anfang April 60 % der 2700 Stellen zur Disposition, 1600 Beschäftigte sollten zur Rettung des GHBV entlassen werden.

Ein Solidarpakt zwischen GHBV, ver.di, BLG, Eurogate, Arbeitsagentur und Senat rettete 550 der bedrohten Stellen. Die am GHBV beteiligten Hafenbetriebe verzichteten auf jegliche Mehrarbeit und vereinbarten mit ihren Beschäftigten Kurzarbeit, um dem GHBV Einsatzmöglichkeiten zu verschaffen. Die Beiträge zur Garantielohnkasse wurden deutlich erhöht. Dennoch können befristete Arbeitsverträge beim GHBV nicht verlängert und müssen 200 Stammbeschäftigte entlassen werden. Eine Aufanglösung und die Vermittlung, z. B. in Windkraftfirmen, wird angestrebt. Das Konjunkturpaket der Bundesregierung bietet zudem Anreize, die Zeit der Kurzarbeit für weitere Qualifikation zu nutzen.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt das solidarische Handeln der Hafenwirtschaft und ihrer Belegschaften zur Sicherung zahlreicher Arbeitsplätze beim GHBV, das zugleich die Bedeutung des GHBV und seiner Beschäftigten für den Gesamthafen Bremen/Bremerhaven unterstreicht.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert alle relevanten Akteure auf, alle Möglichkeiten zu nutzen, um viele der gut qualifizierten Arbeitnehmer/-innen des GHBV und der übrigen Hafenfirmer in Beschäftigung zu halten, extensiv zu nutzen, um deren bei einer Konjunkturbelebung unverzichtbares Fachwissen nicht an andere Branchen zu verlieren. Für Menschen, die dennoch nicht weiterbeschäftigt werden können, muss zusammen mit den Arbeitsagenturen versucht werden, deren Kompetenz für die maritime Wirtschaft zu erhalten und weiterzuentwickeln.

3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert die Bundesregierung auf, für die maritime Wirtschaft und ihre Beschäftigten aufgrund der zentralen Bedeutung der Seehäfen entsprechende Hilfen zu gewähren. Es muss sichergestellt werden, dass die für die deutsche Volkswirtschaft unverzichtbaren Seehäfen in der Krise keinen irreparablen Schaden erleiden und ihre für fast alle Wirtschaftszweige bedeutsame Funktion im Konjunkturaufschwung ohne Einschränkungen ausfüllen können.

Martin Günthner, Helga Ziegert,
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD

Frank Willmann, Silvia Schön,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Paul Bödeker, Dr. Rita Mohr-Lüllmann,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU